

Informationen zum Datenschutz in der MädchenBeratung

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Das MädchenHaus Mainz gGmbH
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz
geschaeftsfuehrung@maedchenhaus-mainz.de

2. Verarbeitung personenbezogener Daten

Zur Durchführung der individuellen Beratung erheben wir die folgenden Kategorien personenbezogener Daten von Ihnen, soweit Sie uns die Daten freiwillig mitteilen: Identifikation (z.B. Name), Alter, persönliche Lebenssituation (z.B. bzgl. Familie, Schule, Gesundheit), Beratungsanlass und -verlauf. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung ist durch das öffentliche Interesse an der Beratung gegeben (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 67a Abs. 1 S. 1 SGB X und §§ 11, 14, 16, 17, 18, 27, 28, 29, 41 SGB VIII, je nach Fall; ggf. zusätzlich Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO i.V.m. § 67a Abs. 1 S. 2 SGB X). Die Daten werden ein Jahr nach dem letzten Beratungskontakt gelöscht.

Die Mitteilung der personenbezogenen Daten ist weder gesetzlich, noch vertraglich vorgeschrieben, noch für einen Vertragsabschluss erforderlich ist. Sie sind nicht verpflichtet, uns Ihre Daten mitzuteilen. Daten, die Sie uns nicht mitteilen, können wir bei der Beratung nicht berücksichtigen.

3. Datenübermittlung an Dritte im Regelfall

Sie haben das Recht, von uns beraten zu werden, ohne dass jemand davon erfährt, insbesondere nicht Ihre Personenberechtigten wie z.B. Eltern (§ 8 Abs. 3 SGB VIII). Mit Ihrem ausdrücklichen Einverständnis übermitteln wir die Daten an andere Stellen. Die Rechtsgrundlage ist, je nach Fall, Ihre Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO, ggf. zusätzlich Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO) oder das öffentliche Interesse an der Datenübermittlung (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m mit der betreffenden sozialrechtlichen Vorschrift). Wenn es den begründeten Verdacht einer Kindeswohlgefährdung gibt, dann sind wir verpflichtet, das zuständige Jugendamt zu informieren (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 8a Abs. 4 SGB VIII).

4. Datenübermittlung an Dritte im Notfall

Wenn Ihr Leben oder das Leben einer anderen Person in Gefahr ist, dann sind wir verpflichtet, die Polizei oder den Rettungsdienst zu verständigen. In diesen Fällen übermitteln wir alle für die akute Hilfe erforderlichen Daten an die betreffende Stelle. Die Rechtsgrundlage ist der Schutz lebenswichtiger Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO, ggf. zzgl. Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO). Abhängig vom Einzelfall kann es auch eine rechtliche Verpflichtung zur Datenübermittlung geben (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO; ggf. zzgl. Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO) oder unser bzw. Ihr berechtigtes Interesse zu wahren sein (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO; ggf. zzgl. Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO).

5. Rechte als von der Datenverarbeitung betroffene Person

Soweit es gesetzliche Vorschriften gestatten, haben Sie gegenüber uns die folgenden Rechte in Bezug auf ihre bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15–21 DSGVO): Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Mitteilung, Übertragung, Widerspruch. Bitte kontaktieren Sie uns schriftlich oder per E-Mail, um Ihre vorgenannten Rechte auszuüben.

Sie haben das Recht, sich über unsere Verarbeitung Ihrer Daten bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Mainz.

6. Kontakt zum Datenschutzbeauftragten

Sie können sich mit Fragen und Beschwerden zur Verarbeitung Ihrer Daten direkt an unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten wenden. Er wird Ihre Anfrage auf Wunsch, auch uns gegenüber, vertraulich behandeln.

Leu Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Ansprechpartner: Rechtsanwalt Dr. Norman-Alexander Leu
Heinrich-Hoffmann-Straße 3
60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069/348731880
E-Mail: datenschutz@kanzlei-leu.de
Web: www.kanzlei-leu.de